

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

LSQpRT

Datum: 27.07.2026

Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass LSBTIAQ*-Lebensrealitäten verbindlich, altersgerecht und diskriminierungssensibel in die Lehr- und Bildungspläne aller Schulformen integriert werden und bestehende Bildungs- und Präventionsangebote langfristig finanziell abgesichert bleiben?

Für uns gehört Vielfalt zur Realität Sachsen-Anhalts. Sie zu schützen ist Voraussetzung für eine offene Gesellschaft. Zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für Menschenrechte und gegen Hass engagieren, werden verlässlich gefördert. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen frei von Diskriminierung leben können.

Bildungseinrichtungen wie Kitas und Schulen sind Orte gesellschaftlicher Teilhabe, aber auch Räume, in denen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder familiärer Lebensform leider nach wie vor Alltag ist. Es gibt Untersuchungen, die zeigen, dass queere Kinder und Jugendliche im Schulalltag öfter Ausgrenzung und Gewalt ausgesetzt sind. Wir sind der Auffassung, dass eine Bildung, die Vielfalt anerkennt, geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sichtbar macht einen positiven Einfluss auf das Schulklima hat.

Im Schulgesetz des Landes ist die Gleichbehandlung aller Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Behinderung oder sexueller Identität verankert. Im Erlass zur schulischen Sexualerziehung ist festgelegt, dass Wissen über sexuelle Identitäten und Lebensweisen zu vermitteln ist. Es sollen biologische, psychosoziale, ethisch-moralische und religiöse Aspekte altersgerecht thematisiert sowie verschiedene Formen des Zusammenlebens und Geschlechterrollen kritisch reflektiert werden. Dies wird als Querschnittsthemen in die Lehrpläne aufgenommen. Wir wollen diesen Weg fortsetzen.

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um sicherzustellen, dass Lehrkräfte und pädagogisches Personal verpflichtend und kontinuierlich in den Themen LSBTIAQ*, Antidiskriminierung und gendersensible Pädagogik aus- und weitergebildet werden und entsprechende Fortbildungsangebote dauerhaft gesichert sind?

Wir wollen mehr pädagogische Fachkräfte ermutigen, Fortbildung wahrzunehmen. Eine Verpflichtung ist derzeit nicht geplant. Die Lehrpläne werden regelmäßig überarbeitet. Hier muss weiter darauf geachtet werden, dass Vielfaltsthemen dargestellt werden. Wir setzen uns für eine stärkere

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Qualifizierung und Vernetzung der pädagogischen Fachkräfte ein. Über das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA), werden die Lehrkräfte in Fort- und Weiterbildungen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sensibilisiert und ihnen konkrete Handlungskompetenzen vermittelt. Das wollen wir fortsetzen.

Die Bildungschancen queerer Kinder und Jugendlicher können durch erfahrene Diskriminierung oder die Angst vor Diskriminierung beeinträchtigt werden. Viele junge Menschen sehen sich dadurch gezwungen, zusätzliche Bewältigungsstrategien zu entwickeln, was ihre schulische und persönliche Entwicklung belasten kann. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um diesen Benachteiligungen entgegenzuwirken und Chancengleichheit für queere Kinder und Jugendliche im Bildungssystem zu fördern?

Es zeigt sich, dass die Sichtbarkeit und Anerkennung von queeren Kindern und Jugendlichen im Alltag nicht immer gegeben ist. Wir werden darauf hinwirken, dass zum einen pädagogische Fachkräfte in den Bildungseinrichtungen, in der Kinder- und Jugendhilfe queersensibel agieren und die Lebenslagen von trans*, inter* und nichtbinären jungen Menschen berücksichtigen. Im vor kurzem veröffentlichten Landesprogramm „Queer in Sachsen-Anhalt“ wird darauf verwiesen, dass es abgestimmte Handlungskompetenzen und Standards der Bereiche geben muss, um Versorgungslücken zu vermeiden. Als SPD werden wir uns dafür einsetzen, dass Fachkräfte weiter qualifiziert werden und die Vernetzung der Ressorts stärker fördern. Es zeigt sich, es gibt gute Ansätze, die aber ressortübergreifend strategisch verbunden werden müssen.

Setzt sich Ihre Partei für die Stärkung von Regenbogenfamilien ein, und damit auch für queersensible Jugendarbeit? Wie wollen Sie verlässliche Schutzräume, Teilhabemöglichkeiten und queersensible Alltagsstrukturen schaffen, insbesondere Schutzkonzepte in allen Einrichtungen der Jugendhilfe.

Ja. Leider gibt es für Sachsen-Anhalt keine Angaben wie viele Familien sogenannte Regenbogenfamilien sind. Es gibt für Regenbogenfamilien trotz stark gestiegener Akzeptanz immer noch Erfahrungen der Diskriminierung statt eines toleranten Miteinanders. Wir wollen uns auf Bundesebene weiter dafür einsetzen, dass die rechtlichen Anerkennungslücken bei lesbischen Paaren und trans*Eltern (Adoptionsverfahren, Personenstandsverfahren etc.) geschlossen werden. Es braucht einen queersensiblen Umgang in den Ämtern. Wir wollen die Mitarbeitenden dafür qualifizieren, die Sichtbarkeit von Regenbogenfamilien stärken und auch die Vereine und Verbände stärker einbinden.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Queersensible Bildung beginnt früh. Im 2025 fortgeschriebenen Bildungsprogramm „Bildung: elementar“ und mit dem Medienkoffer werden die Vielfalt der Geschlechter und Familien als Bestandteil der pädagogischen Arbeit vermittelt, um Diskriminierungen frühzeitig abzubauen. Um queere Jugendliche zu empowern, wollen wir Projekte wie „Queer*Spaces LSA“ oder das queere Jugendbudget fortführen. Diese Projekte schaffen sichere Begegnungsräume für queere Jugendliche und junge Erwachsene – insbesondere in ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts, in denen bisher kaum queer-inklusive oder pädagogisch begleitete Strukturen existierten. Die jährliche Fachtagung „Kinder- und Jugendhilfe & Schule verqueeren“, die eine etablierte Fortbildungs- und Vernetzungsveranstaltung für Fachkräfte aus Schule und Jugendhilfe darstellt, wollen wir fortsetzen.

Wie soll eine landesgesetzliche Regelung erfolgen, die Regenbogenfamilien sichtbarer macht, einschließlich der Aufnahme vielfältiger Familienformen in Landesregelungen und Angeboten der Familienhilfe und -beratungen?

Wir sind der Auffassung, dass Verwaltung und öffentliche Einrichtungen Vorbild sein müssen, wenn es um Gleichstellung und Respekt geht. Dazu gehören die Anerkennung selbstgewählter Namen und Pronomen, eine queersensible Aus- und Weiterbildung sowie eine gendersensible Sprache. Eine moderne, demokratische Verwaltung steht für Vielfalt, Offenheit und Anerkennung.

Zu einer konkreten rechtlichen Verankerung von Regenbogenfamilien haben wir uns noch keine abschließende Meinung gebildet. Vieles berührt bundesgesetzliche Regelungen, die im Bund geändert werden müssen. Wir werden uns in der 9. Wahlperiode dafür einsetzen, dass das Gesetz zur Förderung der Gleichstellung der Frau in der Rechts- und Verwaltungssprache des Landes Sachsen-Anhalt geändert wird, um auch hier die Vielfalt von Geschlechtsidentitäten und -ausdrücken besser zu berücksichtigen.

Wie wollen Sie die queere Community und ihre vielfältigen Angebote zukünftig unterstützen? Wie soll eine auskömmliche finanzielle und strukturelle Unterstützung aussehen? Wie stehen Sie zu den zwei Landeskoordinierungsstellen?

Die queere Community braucht Unterstützung und Sichtbarkeit. Wir werden uns für mehr Verlässlichkeit der bestehenden queeren Infrastruktur einsetzen, u.a. für die Landeskoordinierungsstellen LSBTIQ*, die Queer*Spaces LSA, das Queere Jugendbudget und die verschiedenen Beratungsangebote. Viele dieser Projekte arbeiten seit Jahren mit befristeten Förderungen und knappen Ressourcen. Sie

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

organisieren Beratung, Bildungsarbeit, Vernetzung und Begegnungsräume, müssen aber regelmäßig um ihre Finanzierung und ihren Fortbestand bangen. Wir wollen hier – wie in anderen Bereichen auch – mehrjährige Zuwendungsverträge für mehr Beständigkeit. So sollen Queer*Spaces dauerhaft abgesichert werden und das Queere Jugendbudget, das sich an 14- bis 17-Jährige richtet, ebenfalls verstetigt werden. Jugendliche können darüber eigene Mikroprojekte unkompliziert fördern lassen.

Die beiden Landeskoordinierungsstellen für LSBTIQ* (LKSen) im Norden und Süden des Landes wurden 2018 eingerichtet, um zwischen der Landesregierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine Schnittstelle zu sein, die sich mit den Lebensrealitäten und Herausforderungen von queeren Menschen befasst. Eine Evaluierung hat bestätigt, dass beide Landeskoordinierungsstellen eine hohe Bedeutung haben, aber durch personelle und finanzielle strukturelle Engpässe ihren Aufgaben nicht immer nachkommen können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass beide LKSEN verstetigt und ihre personelle Ausstattung verbessert wird.

Wie wollen Sie die queere Community vor den immer stärker werdenden Angriffen von rechts schützen? Insbesondere wie stehen Sie zur Einordnung von CSDs als politische Versammlung und deren Schutz?

Der CSD ist eine politische Versammlung und viel mehr als ein bunter Umzug. Für die SPD ist Queerpolitik auch Sozialpolitik, Demokratiep Politik und Menschenrechtspolitik zugleich. Denn es geht um gesellschaftliche Teilhabe, gleiche Chancen und gleiche Rechte – unabhängig davon, wen Menschen lieben oder wie sie ihr Geschlecht leben. Eine Gesellschaft ist nur so gerecht wie der Schutz, den sie ihren Minderheiten bietet.

Leider sehen sich queere Veranstaltungen wie der CSD und andere Initiativen in den letzten Jahren zunehmend rechten Störungen und konkreten Bedrohungen ausgesetzt. Wir verurteilen dies. Der Landtag hat bessere Schutzmaßnahmen beschlossen und die rechtlichen und polizeilichen Bedingungen wurden angepasst, u.a. konkrete Handlungsanweisungen für Polizei und Versammlungsbehörden, Erreichbarkeit der Einsatzkräfte für die Community, die Einbindung queerer Ansprechpersonen in Planung und Nachbereitung sowie die unverzügliche Bearbeitung von Straftaten durch Kriminalpolizei und Opferschutz.

Benötigt werden aber weiterhin präventiv ausgerichtete Sicherheitskonzepte für

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Veranstaltungen, Treffs und Beratungsstellen, die auch von und mit der Community entwickelt werden, um das subjektive Sicherheitsgefühl zu stärken. Um das umzusetzen werden wir wie im Landesprogramm „Queer in Sachsen-Anhalt“ vorgeschlagen, partizipative Workshops mit queeren Organisationen und LSBTTI-Ansprechpersonen der Polizei zur Bedarfserhebung, Erfahrungsaustausch und Entwicklung erster Handlungsoptionen für Sicherheitskonzepte unterstützen.

Wie will Ihre Partei die queere Community in politische Meinungsbildungsprozesse einbinden? Soll der fortgeschriebene Aktionsplan, jetzt Landesprogramm „Queer in Sachsen-Anhalt“ umgesetzt, weiter fortgeschrieben und ausgebaut werden? Welchen finanziellen Spielraum sehen Sie jetzt und zukünftig für die Umsetzung?

Ja, wir haben in unserem Wahlprogramm beschlossen, dass wir die Landesprogramme „Für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt“ und „Queer leben in Sachsen-Anhalt“ fortführen, weiterentwickeln und mit verbindlichen Zielen, ausreichenden Mitteln und klarer Zuständigkeit ausstatten.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch die Vielfalt der queeren Community stärker berücksichtigt wird und alle Akteure der Community eingebunden werden. Dies gilt auch für den LSQpRT. Als SPD werden wir uns dafür einsetzen, dass es zu keinen Kürzungen kommt und in einigen Bereichen mehr Mittel zur Verfügung stehen werden.

Zudem wollen wir zur besseren Sichtbarmachung queerer Lebensrealitäten eine Studie zur Lebenssituation queerer Menschen – insbesondere von trans*, inter* und nichtbinären Personen – in Auftrag geben.

Verfolgt Ihre Partei weiterhin das Ziel sexuelle und geschlechtliche Identität in den Schutzbereich des Grundgesetzes durch eine Bundesratsinitiative zur Ergänzung von Artikel 3 Grundgesetz aufzunehmen?

Ja. Als SPD verfolgen wir weiterhin das Ziel, den Schutzbereich des Grundgesetzes zu erweitern, um Diskriminierung aufgrund der sexuellen und geschlechtlichen Identität verfassungsrechtlich zu unterbinden. Der Bundesrat hat in seinem Beschluss im September einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Ergänzung des Artikels 3 Absatz 3 des Grundgesetzes empfohlen. Wir werden uns auf Bundesebene für die Umsetzung einsetzen.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Wie stellt Ihre Partei sicher, dass die Aidshilfen in Sachsen-Anhalt auch künftig dauerhaft auskömmlich finanziert und strukturell weiterentwickelt werden, insbesondere mit Blick auf niedrigschwellige HIV- und STI-Prävention, sexuelle Bildung sowie Test- und Beratungsangebote im ländlichen Raum? Wie soll dabei gewährleistet werden, dass auch spezifische Zielgruppen, insbesondere Menschen in der Sexarbeit, adäquat erreicht und versorgt werden können?

Vor einigen Jahrzehnten galt eine HIV-Diagnose noch als lebensverkürzend, heute kann HIV gut behandelt werden. Viele Menschen mit einer HIV-Diagnose erreichen heute durch den medizinischen Fortschritt ein höheres Alter. Dies bringt neue Herausforderungen und Bedarf mit sich, u.a. durch interdisziplinäre, alterssensibler und pflegerischer Versorgung. Viele Betroffene sehen sich trotz jahrelanger Aufklärungsarbeit noch Stigmatisierungen ausgesetzt. Hier benötigt es weitere Aufklärung und Sensibilisierung. Wir werden daher die Empfehlung im Landesprogramm „Queer in Sachsen-Anhalt“ aufnehmen und uns für eine systematische Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen einsetzen, u.a. auch in der Pflege, um die Handlungssicherheit zu erhöhen. Für Menschen, die in der Sexarbeit tätig sind, stehen Beratungen der AWO wie „Magdalena“ zur Verfügung. Wir werden die Beratungs- und Unterstützungsstrukturen weiter sichern und ggf. ausbauen.

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die psychosoziale und mentale Gesundheitsversorgung für queere Menschen zu stärken und bestehende Community-basierte Beratungs- und Unterstützungsangebote dauerhaft finanziell und strukturell abzusichern, um eine bedarfsgerechte Versorgung bei psychischen und psychosozialen Belastungen sicherzustellen?

Psychische Erkrankungen nehmen zu. Unser Ziel ist es, eine bedarfsgerechte psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung im Land zu haben. Dazu werden wir Prävention, Beratung und Versorgung ausbauen. Gemeindepsychiatrische Verbünde wollen wir stärken, um Wartezeiten zu verkürzen und Übergänge zwischen ambulanter und stationärer Versorgung zu verbessern. Tagesklinische, ambulante und aufsuchende Strukturen werden ausgebaut. Besondere Belastungen queerer Menschen durch Diskriminierung werden durch passgenaue – auch Online - Beratungsangebote berücksichtigt. Bedarfen für spezifische Beratung von queeren Jugendlichen tragen wir durch die Förderung entsprechender Beratungsstellen Rechnung.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Wie will Ihre Partei Regelungen zum Selbstbestimmungsgesetz so im Landesrecht umsetzen, dass TIN*Personen ausreichend vor Diskriminierung geschützt und vollumfänglich anerkannt werden? Wird es tin*sensible Schutzkonzepte in allen Bildungseinrichtungen geben?

Das Selbstbestimmungsgesetz muss als Bundesrecht auch im Land Sachsen-Anhalt umgesetzt werden. Die Zunahme von Personen, die ihren Personenstand geändert haben, zeigt, dass es Bedarf an weiterer Sensibilisierung in Bildungseinrichtungen und in der Kinder- und Jugendhilfe bzw. bei den Verwaltungsstrukturen geben muss.

Aktuell ist auch ein Fall eines möglichen Missbrauchs des Selbstbestimmungsgesetzes (SBGG) bekannt. Hier sind ggf. noch weitere gesetzliche Änderungen notwendig, um Missbrauch zu verhindern und Personen zu schützen. Dies gilt auch für den Justizvollzug.

Stellt Ihre Partei die finanziellen und strukturellen Ressourcen zur Verfügung, um TIN*Personen flächendeckend Beratungs- und Begleitangebote zur Verfügung zu stellen? Wie soll in strukturschwachen Regionen ein auskömmliches Angebot gesichert werden?

Ja. Sachsen-Anhalt ist geprägt durch viele ländliche Regionen und weist damit strukturell bedingte Versorgungslücken auf. In einigen Regionen gibt es punktuelle, oft kommunal begrenzte Initiativen, die nicht langfristig gesichert sind. Die Vielfalt der Beratungsanfragen zeigt, dass es Bedarfe gibt, die die beiden Landeskoordinierungsstellen LSBTIQ* nicht abdecken können. Wir setzen uns für die Etablierung von niedrigschwellige Online-Beratungsangeboten ein.

Siehe auch die Antworten zu vorhergehenden Fragen.